

Unternehmensverband drängt auf Lösung der Infrastrukturprobleme an der Westküste

ELMSHORN Der Unternehmensverband Untereifel-Westküste hat sich auf seiner jährlichen Mitgliederversammlung im Elmsborner Industriemuseum dazu entschlossen, selbstbewusster in Kiel und Berlin aufzutreten. „Wir werden verstärkt auf die dringenden Probleme der Westküste und der Untereifel-Region aufmerksam machen, aber auch auf die Potentiale“, sagte Verbandsvorsitzender Lutz Bitomsky.

Auf der Mitgliederversammlung wurde deutlich, welche Themen die Unternehmer umtreibt:

- schlechte Infrastruktur (Forderung der A20, Ausbau der B5).
- schlechte Koordination und Absprache der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg bei infrastrukturellen

Sanierungsarbeiten. steigende Energiepreise.

- Fachkräftemangel, berufliche Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Nachfolgeregelungen.
- Breitbandversorgung in der Fläche.
- Büroriekosten.

Der neue weitere Geschäftsführer Ken Blöcker ergänzte: „Die Unternehmen im Westen des Landes erwirtschaften einen Großteil des Geldes, der von der Politik später für soziale Wohltaten in Kiel ausgegeben wird. Wenn die Wirtschaft also auf berechnete Hemmnisse hinweist, dann sollten die Parteien aller Farben genau hinhören.“

Blöcker weiter: „Parteilpolitische Klientelpolitik darf nicht dazu führen, dass der



Verbandschef Lutz Bitomsky präsentiert seinen Jahresbericht.

Sachverstand der Wirtschaft bei Entscheidungen hintenüberfällt. Der wirtschaftliche Sachverstand unseres Mittelstandes ist es, der Arbeitsplätze und Wohlstand in un-

serem Land sichert.“

Der Jahresbericht der Geschäftsführung umfasste insbesondere die initiierten aktuellen Aktivitäten und Veranstaltungen 2013 und 2014 sowie die Schilderung der aktuellen arbeitsrechtlichen Problemstellungen durch den Geschäftsführer Sebastian Koch. Die Rechtsberatung in Personalfragen gehört zu den direkten Vorteilen der Verbandsmitgliedschaft. Blöcker zu den Schwerpunkten seiner zukünftigen Arbeit: Diese werde insbesondere von der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Lobbyarbeit geprägt sein. Neben der Wahl der Kassensprüfer, einer Satzungsänderung wurden schließlich noch der Jahresabschluss und der Wirtschaftsplan beschlossen. *sh:z*